

Die Befestigung der Donaulinie im Jahre 1914

Von *Walter Goldinger*†

Am 22. Jänner 1922 brachte die „Österreichische Wehrzeitung“ eine ungezeichnete Glosse mit der Überschrift *Das gerettete Wien*, die in ironischem Ton gegen eine Artikelserie aus der Feder des früheren Wiener Gemeinde- und Stadtrates Hans Arnold Schwer¹⁾ polemisierte, die seit Neujahr 1922 im „Deutschen Volksblatt“ unter dem Titel *Wovon der Wiener nichts erfuhr – Erinnerungen aus der Kriegszeit* erschien. Schwer, von Beruf Journalist, gehörte seit dem Jahre 1900 als Mandatar der Christlichsozialen Partei dem Wiener Gemeinderat an und war von 1907 bis 1919 auch Stadtrat von Wien. Seine Artikel befaßten sich hauptsächlich mit der schwierigen Verpflegungslage der Stadt Wien während der Kriegsjahre. Sie waren zur Verteidigung des Kriegsbürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner²⁾ gedacht, den Schwer vor dem Vorwurf, nichts gegen den sinnlosen Plan einer Befestigung von Wien und Budapest unternommen zu haben, in Schutz nehmen wollte. Schwer stützte sich dabei auf eine Denkschrift seines Parteifreundes Dr. Richard Weiskirchner, die dieser am 5. Jänner 1915 versiegelt im Archiv der Stadt Wien hinterlegt hatte³⁾. Auszüge aus dieser Denkschrift veröffentlichte Schwer am 8. Jänner 1922 im „Deutschen Volksblatt“ Die von „alt-österreichischen Offizieren“ geleitete „Österreichische Wehrzeitung“⁴⁾ glossierte Schwerts Artikel am 27. Jänner 1922 mit folgenden Worten:

Ob man mit den Vorsorgen zu weit gehen wollte, das zu beurteilen, ist heute leicht, weil Wien wohl gezittert, aber den Feind nicht gesehen hat. Frage: Hat der Bürgermeister mit den Stadtvätern, der Elektrischen und der Leichenbestattung die Schlacht von Limanowa gewonnen, welche Wiens Evakuierung überflüssig machte, oder jene sagenhafte k. u. k. Armee, von welcher so mancher Geschichtsschreiber nichts zu wissen scheint?

Schon in den ersten Mobilisierungstagen begann die Frage einer allfälligen Befestigung, später vielleicht sogar einer Evakuierung der beiden Hauptstädte Wien und Budapest, die Gemüter zu erregen. Andeutungen entnahm man einem vom Kriegsministerium inspirierten Artikel des „Fremdenblattes“⁵⁾, in welchem es heißt:

¹⁾ Arnold Schwer, geb. 18. Mai 1865 in Wien, gest. 19. Juli 1931 ebenda. Vgl. Oswald Knauer, Wien in der Volksvertretung von 1848 bis 1951. in: Handbuch der Stadt Wien 67/68 (1952 - 53) S. 320.

²⁾ Oswald Knauer, Dr. Richard Weiskirchner, in: Wiener Geschichtsblätter 17 (1962) S. 65 ff. – Felix Czeike, Wien und seine Bürgermeister, Wien 1973, S. 370 f.

³⁾ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Hauptarchivakten 614/82.

⁴⁾ Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau 1.Bd., hrsg. von Peter Broucek, Wien 1980, S. 529 f.

⁵⁾ Fremdenblatt vom 5. August 1914.

Die Mobilisierung hat auch die Sicherung jener Orte, welche als Kultur- und Wirtschaftsmittelpunkte eines Schutzes gegen jede Störung bedürfen, in Rechnung zu ziehen. Hier sind es vor allem die beiden Hauptstädte Wien und Budapest, für deren militärische Sicherung schon im Frieden eine weitgehende Vorsorge getroffen werden muß. Die Sicherung jener offenen Orte, die in militärischer, politischer oder kommerzieller Hinsicht besonders wichtig erscheinen, ergibt sich automatisch aus der allgemeinen Mobilisierung als eine im System der Kriegsvorsorgen gelegene Vorsichtsmaßregel.

Obwohl ähnliche Artikel, wie das Kriegsministerium später zugab, unterdrückt wurden, bemächtigte sich der Öffentlichkeit eine gewisse Unruhe. Daß sich im Hintergrunde manches vorbereitete, ergab sich bald daraus, daß am 10. August beim Wiener Oberstadtphysikus Dr. August Böhm ein Stabsarzt erschien, um Erkundigungen einzuziehen, was für sanitäre Vorkehrungen zu treffen seien, wenn in nächster Zeit Befestigungsarbeiten mit 20.000 Arbeitern begonnen werden sollten⁶). Das wurde sofort dem Bürgermeister Weiskirchner gemeldet, der sich darauf mit dem Statthaltereivizepräsidenten von Niederösterreich, Ludwig Tils⁷), beriet. Dieser empfahl Weiskirchner, zum Ministerpräsidenten Stürgkh zu gehen, der aber nichts wußte. Inzwischen hatte das Kriegsministerium die Unruhe in der Bevölkerung bemerkt und richtete daher am 12. August an die Ministerpräsidenten in Wien und Budapest eine gleichlautende Note mit der Bitte, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es sich um schon im Frieden geplante Maßnahmen handle, die nur aus Mangel an finanziellen Mitteln unterblieben worden wären. Nun aber erfordere die Lage, Vorkehrungen für alle – auch ganz unwahrscheinliche – Möglichkeiten zu treffen⁸).

Karl Graf Stürgkh beantwortete die Note am 13. August 1914 in einem Schreiben an das Kriegsministerium⁹), von dem eine gleichlautende Abschrift an den ungarischen Ministerpräsidenten Koloman Tisza gesandt wurde. Stürgkh äußerte schwere Bedenken gegen eine Veröffentlichung des Fortifikationsprogramms, da er eine Panik der Bevölkerung befürchtete.

Inzwischen hatte auch Tisza die Note des Kriegsministeriums erhalten und ließ daraufhin dem österreichischen Ministerpräsidenten am 13. August fernmündlich mitteilen, daß er der Meinung wäre, mit einer offiziellen Stellungnahme bis zum Beginn einer österreichisch-ungarischen Offensive zu warten¹⁰). Zwei Tage später begründete er seine Ansichten in einem längeren Brief:

Ich habe gar nichts dagegen, daß das Publikum auch aus solchen Erscheinungen den vollen Ernst der Lage und unseren festen Entschluß erkennt, auch bei momentan gefährdeter militärischer Lage unentwegt auszuharren. Es wäre aber abzuwarten, bis eine frische Offensive auch am russischen Kriegsschauplatz eintritt.

⁶) Denkschrift Weiskirchners, wie Anm. 3.

⁷) Ludwig Tils, geb. 27. Jänner 1853 in Ansbach (Bayern), gest. 12. Februar 1929 in Wien. Vgl. Beiträge zur Geschichte der NÖ Statthaltereien. Die Landeschefs und Räte dieser Behörde 1501–1896 (von Albert Starzer) Wien 1897, S. 492 (Statthaltereirat seit 16. Oktober 1895).

⁸) Österreichisches Staatsarchiv – Abt. Kriegsarchiv (ÖStA-KA), Kriegsministerium, Zahl 11.936 Präs. (1914).

⁹) Österr. Staatsarchiv – Abt. Allgem. Verwaltungsarchiv (ÖStA-AVA), Ministerratspräsidium, Presseleitung, Zl. 761/1914.

¹⁰) Ebenda.

Vor dieser würden solche Defensivmaßnahmen gewiß deprimierend auf die öffentliche Meinung wirken¹¹⁾.

Am Tag zuvor, dem 14. August 1914, hatte Ministerpräsident Stürgkh den Wiener Bürgermeister zu beruhigen versucht, indem er ihm schrieb:

Das Kriegsministerium hat mich davon informiert, daß die Entscheidung in der Befestigungsfrage gewisser Punkte in der Nähe der Stadt Wien noch nicht getroffen ist und daß insbesondere ein Aufruf in dieser Angelegenheit vorerst nicht in Aussicht genommen ist¹²⁾.

Von Kaiser Franz Joseph wurde dazu folgender Ausspruch kolportiert: *Ich verstehe den Weiskirchner nicht, das steht doch seit 25 Jahren im Büchel¹³⁾.*

In der Tat gab es seit 1866 Überlegungen, die eine feldmäßige Befestigung der beiden Residenzstädte Wien und Budapest vorsahen. Als FML Franz Conrad von Hötzendorf im Jahre 1906 Chef des Generalstabes wurde, hat auch er diesen Problemen sein Augenmerk zugewandt und die Befestigung der beiden Hauptstädte besonders 1910 nachdrücklich betrieben¹⁴⁾.

Man dachte an eine Befestigungslinie im Umkreis von etwa 80 km, die die beiden Städte schützen sollte. Zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns 1914 lagen dafür einige Operate vor; der Kaiser meinte sogar, daß die Geniedirektion in Budapest von Anfang an gar keine andere Aufgabe gehabt hätte, als solche Vorbereitungen zu treffen¹⁵⁾.

Eine führende Rolle in dieser Angelegenheit spielte aber das Armeekommando, das sich noch kurz vor seiner Übersiedlung nach Przemysl in Galizien (15.–16. August 1914) mit diesen Fragen befaßte. FML Conrad unterzeichnete am 14. August 1914 einen Vortrag an den Kaiser, der am 15. August 1914 auch vom Armeekommandanten, Erzherzog Friedrich, gefertigt wurde und der den Antrag enthielt, dem Kriegsministerium die rasche Ausführung und Ausrüstung der feldmäßigen Befestigungen der Donaulinie (Krems, Tulln, Preßburg, Komárom und Budapest) zu befehlen¹⁶⁾. Merkwürdigerweise gab für diese Überlegungen nicht so sehr die Gefahr aus dem Norden, als vielmehr die unsichere Haltung Italiens den Ausschlag. Das AOK sah die Sache als dringend an und ersuchte am 17. August die kaiserliche Militärkanzlei¹⁷⁾ und am 18. August das Ministerium des Äußern¹⁸⁾, die sofortige Ausrüstung der Brückenköpfe an der Donaulinie zu befürworten, da Versäumnisse schwere Folgen nach sich ziehen könnten. Als sich FML Conrad am 15. August 1914 beim Kaiser abmeldete, kam auch die Frage der Donaulinie zur Sprache¹⁹⁾. Der Monarch erklärte sich mit den vom AOK geplann-

¹¹⁾ Brief vom 15. August 1914, vgl. Oskar Wertheimer, Stefan Tisza Briefe (1914–1918), Berlin 1928, S. 56.

¹²⁾ Denkschrift Weiskirchners wie Anm. 3.

¹³⁾ Schwer im Deutschen Volksblatt vom 8. Jänner 1922.

¹⁴⁾ Eduard Steinitz und Theodor Brosch, Die Reichsbefestigung Österreich-Ungarns zur Zeit Conrads von Hötzendorf, in: Österreich-Ungarns letzter Krieg, Erg. Heft 10 (Wien 1937) S. 21 f.

¹⁵⁾ Im gemeinsamen Ministerrat vom 19. August 1914. Vgl. Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, hrsg. von Miklós Komjáthi, Wien 1966, S. 168.

¹⁶⁾ ÖStA-KA, Armeekommando, Op. Nr. 640.

¹⁷⁾ ÖStA-KA, Armeekommando, Op. Nr. 824.

¹⁸⁾ Ebenda, Op. Nr. 846.

¹⁹⁾ Franz Conrad von Hötzendorf, Aus meiner Dienstzeit 4, Wien 1923, S. 328 f.

ten Maßnahmen einverstanden. So telegraphierte denn am 19. August General Bolfras von der Militärkanzlei an das AOK:

Ausrüstung der Donaulinie wird in den nächsten Tagen verfügt werden, vorbereitende Maßnahmen im Zuge²⁰⁾.

Am 19. August 1914 tagte in Wien ein gemeinsamer Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers („Kronrat“)²¹⁾. Gegenstand der Verhandlungen war vor allem die gegenüber Italien einzuschlagende Politik, dann aber doch auch die Frage der Befestigung der Donaulinie. Der ungarische Politiker und Sektionschef Thallóczy erfuhr von dem gemeinsamen Finanzminister Bilinski, daß man beschlossen habe, die Donaulinie von Wien bis Budapest zu verstärken²²⁾. Das geht auch aus dem Protokoll der Ministerratssitzung hervor, aus dem auch zu ersehen ist, daß sich namentlich Tisza nachdrücklich dafür einsetzte, allerdings unter Beibehaltung seiner Ansicht, daß über die Durchführung der Fortifikationsmaßnahmen erst nach einer erfolgreichen Offensive etwas verlautbart werden solle. Von der Skepsis und den Vorbehalten des Grafen Stürgkh ist im Protokoll wenig zu bemerken. Die kaiserliche EntschlieÙung mit dem Befehl, die Kriegsausrüstung der Donaulinie in dem vom AOK beim Kriegsministerium beantragten Umfang durchzuführen, erging erst am 22. August²³⁾. Weiskirchner hatte am 18. August in dieser Angelegenheit nochmals bei Stürgkh vorgesprochen, erhielt aber nur die Auskunft, daß demnächst ein Kronrat stattfinden werde.

Die Lage Wiens war ernst. Man mußte davon ausgehen, daß die Befestigungsarbeiten 6–8 Wochen in Anspruch nehmen würden, die Russen jedoch bereits von der Grenze in 30 Tagesmärschen Budapest erreichen konnten. Den Italienern wurde zugetraut, von Venetien in 20 Tagesmärschen vor Wien zu rücken²⁴⁾. Das AOK sah vor, den Feind in einem solchen Fall an der Donaulinie zum Stehen zu bringen. Daher mußte die Donaulinie als befestigter Zentralraum ausgebaut werden²⁵⁾.

Jetzt war auch eine Information der Öffentlichkeit nicht mehr zu vermeiden. Über die Form, in der das geschehen sollte, entspann sich ein Tauziehen zwischen den beiden Ministerpräsidenten Stürgkh und Tisza. Auch der gemeinsame Kriegsminister Krobotin war daran beteiligt. Er arbeitete in der Hauptsache mit Tisza zusammen. Stürgkh brachte in Erfahrung, daß der Kaiser ein Kommuniké im Sinne von Tisza wünsche. Schon am 20. August unterbreitete Krobotin Stürgkh einen Textvorschlag für ein zu veröffentlichendes Kommuniké. Darin sollte betont werden, daß die Sicherungsmaßnahmen für Wien und Budapest automatisch mit der Mobilisierung zusammenhingen und daß sie in jedem Falle und unabhängig von der Kriegslage getroffen werden müÙten. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß man auch in Berlin im Jahre 1870 Fortifikationsarbeiten durchgeführt habe. Eine Offensive könne nur dann auf sicherer Basis beruhen, wenn auch die Defensive genügend vorbereitet werde²⁶⁾.

²⁰⁾ ÖStA-KA Armeeeoberkommando, Op. Nr. 846.

²¹⁾ Protokolle des gem. Ministerrates (wie Anm. 15) S. 168–170.

²²⁾ Lajos Thallóczy, Tagebücher, hrsg. von F. Hauptmann, Graz 1981 (Eintragungen 23. Juni 1914 bis 31. Dez. 1914) S. 115.

²³⁾ ÖStA-KA, Armeeeoberkommando, Op. Nr. 895. Kriegsministerium, Zl. 21849-Präs./1914.

²⁴⁾ Steinitz-Brosch, Die Reichsbefestigung (wie Anm. 14) S. 22.

²⁵⁾ Conrad, Aus meiner Dienstzeit (wie Anm. 19) S. 328 f.

²⁶⁾ ÖStA-AVA, Ministerratspräsidium, Zl. 761- Pl./1914.

Das Kommuniké wurde nicht veröffentlicht. Stürgkh mußte abwarten, wie sich die Offensive entwickeln werde. Auch Weiskirchner resignierte. Er hat am 21. August Krobotin noch einmal aufgesucht. Dieser sagte ihm, ganz im Sinne des nichtveröffentlichten Kommunikés, die Befestigungsarbeiten seien lediglich Vorsichtsmaßnahmen. Der Wiener Bürgermeister stellte dann in seiner Denkschrift, die er am 22. August abfaßte und später im Stadtarchiv unter Verschuß hinterlegen ließ, verbittert fest:

Am Schluß habe ich weitere Schritte als fruchtlos unterlassen, da gegenwärtig in Österreich eine Militärdiktatur herrscht, gegenüber welcher die verantwortlichen Minister und die Repräsentanten der autonomen Verwaltung machtlos sind²⁷⁾.

Ministerpräsident Stürgkh hat auch später aus seiner Abneigung gegen die Befestigungsarbeiten bei Wien und Budapest kein Hehl gemacht. Gegenüber Josef Redlich beteuerte er am 19. September 1914, daß er mit großem Eifer der Ablegung von Befestigungen an der Donau entgegengetreten sei. Das Unternehmen koste 80 Millionen, die man für viel nützlichere Notstandsarbeiten verwenden könnte. Redlich sprach geradezu von der Torheit der Befestigungswerke bei Wien und Budapest. Stürgkh erwiderte, er habe derselben Ansicht im Kronrat Ausdruck gegeben, aber der Kaiser habe eingewendet, Conrad verlange diese Arbeiten, um eventuelle russische Streifkorps aufhalten zu können²⁸⁾. Von Italien war also in diesem Zusammenhang nicht die Rede. Das wohl geglättete, stark überarbeitete Protokoll über diesen gemeinsamen Ministerrat läßt die tiefere Problematik nicht erkennen.

Die allgemeine Kriegslage war für Österreich-Ungarn bereits in der zweiten Septemberhälfte bedrohlich. Nicht wenige hochgestellte Persönlichkeiten dachten daran, die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu verlassen. Redlich glossiert in diesem Zusammenhang das Verhalten des Dichters Richard von Schaukal²⁹⁾ und des früheren Ministerpräsidenten Richard von Bienenherth³⁰⁾. Auch bei anderen führenden Mitgliedern der Wiener Gesellschaft sind ähnliche Ängste wahrzunehmen, die – zumindest unterschwellig – in manchen Äußerungen und Verhaltensweisen zum Ausdruck kommen.

So richtete zum Beispiel der k. u. k. Minister des Äußern, Leopold Graf Berchtold, am 21. September 1914 an den Armeeoberkommandanten Erzherzog Friedrich eine Anfrage, in der er um eine Information darüber bat, innerhalb welcher Zeit mit der Eventualität des Vordringens russischer Streitkräfte nach Wien und Budapest gerechnet werden müßte. Er, Berchtold, habe von den zuständigen Hof- und Regierungsstellen erfahren, daß ein Zeitraum von ungefähr 14 Tagen erforderlich wäre, um die notwendigen Dislozierungen und Abtransporte abwickeln zu können. Es gehe um die Verlegung des „Allerhöchsten Hoflagers“, um die „Abschiebung“ der wertvollsten Objekte der Hofmuseen und der Schatzkammer, um die Disposition über das Haus-, Hof- und Staatsarchiv, um die Sicherung des Edelmetallschatzes der Österreichisch-Ungarischen Bank usw. Die Inangriffnahme der einschlägigen Vorarbeiten würde unnötige Panik hervorrufen. Er habe daher die Zentralstellen aufgefordert, vorläufig keine Maßnahmen zu treffen,

²⁷⁾ Denkschrift Weiskirchners (wie Anm. 3).

²⁸⁾ Fritz Fellner, Schicksalsjahre Österreichs 1908–1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs 1, Graz-Köln 1953, S. 273 f.

²⁹⁾ Ebenda S. 276.

³⁰⁾ Ebenda, S. 288.

bitte aber um eine Informierung, wenn die militärische Lage die Inangriffnahme der erwähnten Maßnahmen erforderlich erscheinen lasse³¹⁾.

Bereits im August war mit den Befestigungsarbeiten im Umkreis von Wien begonnen worden. Über ihre Durchführung sind wir durch mehrere Einzeluntersuchungen besonders für die Abschnitte Krems³²⁾, Tulln³³⁾ und Bisamberg³⁴⁾ gut unterrichtet. Diese Fortifikationen durften nicht als solche bezeichnet, sondern mußten als „Notstandsarbeiten“ deklariert werden. Damit wurden sie in jenen Blickwinkel gerückt, der den Maßnahmen zur Behebung der seit Kriegsbeginn immer fühlbarer werdenden Arbeitslosigkeit zukam. Eine ungeheure Zahl von Menschen war davon betroffen. Unter der Federführung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten befaßten sich die Wiener Zentralstellen eingehend mit diesen Problemen³⁵⁾. Die „Notstandsarbeiten“ an der Donaulinie dienten dabei als willkommene Auffangmöglichkeit für Arbeitslose und Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten. Dabei ging es nicht ohne Zwangsmaßnahmen ab. Die Wiener Polizei veranstaltete Razzien und nahm „vazierende“ Personen fest, die keinen ordentlichen Wohnsitz nachweisen konnten³⁶⁾. Im Erzgebirge, wo eine besonders große Arbeitslosigkeit herrschte, nahm man sozusagen „Zwangsrekrutierungen“ vor: Transporte wurden zusammengestellt und an die Donau verfrachtet. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Schanzarbeiter waren hart, teilweise sogar unmenschlich. Das Parlament war vertagt, eine Kontrolle der Verwaltung durch politische Instanzen war nicht möglich. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter fanden aber dennoch den Weg zu ihren Mandataren. Es war besonders der Abgeordnete Otto Glöckel, der sich ihrer Anliegen annahm³⁷⁾. Glöckel, der sein Abgeordnetenmandat im Jahre 1911 in Nordböhmen errungen hatte, hat sich wie später auch Karl Seitz nach Kräften bemüht, das bittere Los der Schanzarbeiter zu verbessern. In zähem Ringen gelang es, die Schanzarbeiter dem Kriegsleistungsgesetz zu unterstellen, das zwar, besonders in disziplinärer Hinsicht, Härten enthielt, das aber den Familien der Einberufenen wenigstens einen bescheidenen Unterhalt sicherte³⁸⁾. Eine Einbeziehung der Schanzarbeiter in die Kranken- und Unfallversicherung wurde im Kriegsministerium und im k.k. Ministerium des Innern lange Zeit abgelehnt, da nach Meinung dieser Stellen Dienste nach dem Kriegsleistungsgesetz kein Arbeits- oder Lohnverhältnis begründeten, sondern auf gesetzlichem Zwang beruhten³⁹⁾! Für die sozialdemokratischen Ab-

³¹⁾ ÖStA-Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Polit. Archiv des Min. d. Äußern, Karton 499, Liasse XLVII-2b.

³²⁾ Bertrand Buchmann, Befestigungen an der Donau (Militärhistorische Schriftenreihe Heft 42) Wien 1981, S. 59 f. – Rudolf Hauptner, Der Brückenkopf Krems im Ersten Weltkrieg, in: Das Waldviertel 34 (1985) S. 49–60.

³³⁾ Rudolf Hauptner, Brückenkopf Tulln, in: Unsere Heimat 57 (1986) S. 105–116.

³⁴⁾ Erich Hillbrand, Der Brückenkopf Wien im Ersten Weltkrieg, MÖSTA 14 (1961) S. 138–144. – Derselbe, Die Befestigung des Bisamberges in den letzten 100 Jahren, in: Rund um den Bisamberg (Ein Heimatbuch) 3 (1968) S. 88–105.

³⁵⁾ ÖStA-AVA, Min. für öffentliche Arbeiten, Präsidium Zl. 2664/1914.

³⁶⁾ NÖLA RegA, Statthaltereipräsidium Zl. 9/1915.

³⁷⁾ Aus dem Leben eines großen Schulmannes. Otto Glöckel, Selbstbiographie, Zürich 1939, S. 57 f.

³⁸⁾ Ferdinand Hanusch und Emanuel Adler, Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, in: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Öster.- Ungarische Serie, Wien 1927, S 43 ff.

³⁹⁾ ÖStA-AVA, Ministerium des Innern, Zl. 2240-V/1915. Margarete Grandner, Kooperati-

geordneten war das natürlich ein Grund zu fortgesetzten Interventionen, doch wurden diese stets in zurückhaltendem, höflichem Ton formuliert. Am 12. März 1915 entsandte der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten eine Deputation zu Kriegsminister Krobotin und überreichte ihm ein Memorandum über die Situation der Schanzarbeiter⁴⁰). Da aber infolge der nunmehr geänderten Kriegslage die Befestigungsarbeiten an der Donaulinie im Frühjahr 1915 zum Großteil eingestellt worden waren, kam diesem Schritt keine wesentliche Bedeutung mehr zu.

In den vorhergegangenen Monaten hatte es allerdings Zeiten einer Depression, ja beinahe einer Panikstimmung gegeben. Aufschlußreich ist eine Tagebucheintragung von Josef Redlich vom 21. September 1914:

Seit vier bis fünf Tagen merke ich, wie die Depression in Wien zunimmt. Die Träger der Panik, die hier die Gesellschaft durchzieht, sind die Beamten, die mittleren und höheren Staatsbeamten. Das Volk ist ruhig und furchtlos. Aber die erbärmlichen Bürokraten, diese Hofräte und Sektionschefs studieren bereits die Bergungsvorschriften für den ah. Hof und Dienst⁴¹).

Zwei Monate später, am 17. November 1914, hielt Redlich in seinem Tagebuch folgendes fest:

Hier glaubt jetzt alle Welt, daß wir vor Krakau nicht standhalten können und daß die Russen nach Mähren kommen werden. Wien ist wieder einmal voll der törichtesten Gerüchte und Panikanfälle⁴²).

Daß Redlichs Befürchtungen nicht grundlos waren, beweist der abenteuerliche Plan für eine Evakuierung der Stadt Wien, der von militärischer Seite entwickelt wurde und der dem Wiener Bürgermeister Weiskirchner zu Ohren gekommen ist. Am 18. November 1914 erschien nämlich der Militärunterintendant Adolf Zaribnitzky im Wiener Magistrat und verlangte Informationen über die im Falle einer Evakuierung Wiens zu treffenden Maßnahmen. Seiner Meinung nach könne diese Notwendigkeit innerhalb eines Monats eintreten, wobei davon auszugehen wäre, daß etwa ein Drittel der Bevölkerung, ca. 700.000 Personen, zurückbleiben könnte. Selbstverständlich wurde dieser Vorfall dem Bürgermeister sofort gemeldet⁴³). Weiskirchner begab sich unverzüglich zu Stürgkh, der sich uninformiert zeigte, aber mit dem Kriegsminister in Verbindung setzte. Krobotin ließ dann Weiskirchner durch Stürgkh mitteilen, daß es übereilt gewesen sei, daß ein untergeordnetes Organ an die Gemeinde Wien in der Frage einer Räumung der Residenzstadt herangetreten sei. Er empfehle, dem Militärunterintendanten keine Antwort zu erteilen.

Immerhin wurde eine Untersuchung eingeleitet und mit Zaribnitzky beim Brückenkopfkommando Wien ein Protokoll aufgenommen. Der Militärunterintendant bestritt zunächst alles und schwächte seine Äußerungen weitgehend ab. Weiskirchner teilte den Vorfall dem Präsidium des Gemeinderates, bestehend aus den

ve Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die Entwicklung der Freien Gewerkschaften Österreichs im Ersten Weltkrieg. Wiener Geisteswiss. Diss. 1982, S. 83 ff.

⁴⁰) ÖStA-Archiv der Republik, Sozialdemokratische Parteistellen, Karton 130, Schanzarbeiter.

⁴¹) Redlich, Tagebuch (wie Anm. 28) S. 275.

⁴²) Ebenda S. 288.

⁴³) Beilage zur Denkschrift Weiskirchners (wie Anm. 3): Amtsvermerk des Magistratsdirektors Max Weiß.

drei Vizebürgermeistern und dem Magistratsdirektor, mit. Für sich selbst aber hielt er fest:

Die Idee, Wien für eine 2–3 monatige Belagerung vorzubereiten, ist heller Wahnsinn. Ein einziger Kanonenschuß reicht hin, um Wiens Wasserversorgung in Trümmer zu legen.

Derselben Meinung war übrigens auch der Abgeordnete Glöckel. Auch er erkannte die Gefährdung der Wasserversorgung Wiens im Kriegsfall und hielt daher den Bau eines Festungsgürtels um Wien für eine „verrückte Idee“⁴⁴⁾.

Sein Parteigenosse Otto Bauer, der über eigene Fronterfahrung verfügte, hat in einem 1923 veröffentlichten Rückblick auf eine Kritik der Befestigung der Donaulinie verzichtet, aber die Gefahr einer russischen Invasion hielt auch Bauer für gegeben – ja er hat diese sogar übertrieben dramatisch beurteilt; er schreibt: *Am Ende der ersten großen Schlachten war Galizien verloren, standen die Russen vor Krakau und den Karpathenpässen. Ein Stoß noch – und die Russen brechen durch Mähren gegen Wien vor, das die Heeresleitung schon mit Befestigungswerken umgürten ließ. Ein Stoß noch – und Nikolaj Nikolajewitsch kann auf tschechischem Boden ein böhmisches Königreich unter dem Zepher eines Romanow proklamieren. Ein Stoß noch – und die russischen Heeresäulen wälzen sich über Ungarn dem Balkan zu*⁴⁵⁾.

Daß die höheren Offiziere auch im Rückblick kein Wort der Kritik fanden, ist begreiflich, bei Generalstabschef Conrad wohl selbstverständlich⁴⁶⁾. Auf die ironische Glosse in der Österreichischen Wehrzeitung vom 22. Jänner 1922 wurde bereits eingangs hingewiesen. Daneben lief aber auch eine Polemik im Deutschen Volksblatt zwischen dem Autor der Artikelreihe, Hans Arnold Schwer, und dem Oberst a. D. Adolar Schlossarek, der sich als Parteigänger der Christlichsozialen deklarierte. Er meinte, daß die Wasserversorgung Wiens auch im Kriegsfall gesichert gewesen wäre, da man an der Donau Filteranlagen eingerichtet hätte. Im übrigen könne man am Schicksal der Städte Czernowitz und Udine sehen, wie es offenen Städten im Kriege ergehe. Paris sei immer eine Festung gewesen und in Paris habe niemals ein Bürgermeister Opposition gemacht. Wer wäre denn, so fragt Schlossarek, ohne Evakuierung in Wien geblieben, wenn sich in Marchegg die ersten Kosaken gezeigt hätten – wäre da eine regellose Flucht etwa besser gewesen⁴⁷⁾?

Auch Edmund Glaiese-Horstenau, der während seiner Zuteilung zum Kriegsministerium im Jahre 1914 mit Fragen der Befestigung der Donaulinie befaßt war, ist der Meinung, daß es den Russen angesichts ihrer Übermacht schon im Winter 1914/15 gelungen wäre, bis nach Wien vorzudringen, wenn die österreichisch-ungarische Armee nicht viele russische Funksprüche entziffert hätte⁴⁸⁾. Erst die von 7. bis 10. Dezember 1914 geschlagene Schlacht von Lipanowa-Lapanow führte eine Wende herbei, so daß das Wort des Generalstabschefs Conrad Geltung erhielt:

⁴⁴⁾ Glöckel, Selbstbiographie (wie Anm. 37) S. 57 f.

⁴⁵⁾ Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, 53. (Auch in der Werksausgabe 2, 1976, S. 559).

⁴⁶⁾ Conrad, Aus meiner Dienstzeit (wie Anm. 19) S. 328.

⁴⁷⁾ Deutsches Volksblatt vom 20. Jänner 1922 und vom 9. Februar 1922. Replik Schwers ebenda, 28. Jänner 1922.

⁴⁸⁾ Die Erinnerungen Edmund Glaises hrsg. von P. Broucek (wie Anm. 4) S. 368 f.

*Bei Lipanowa-Lapanow wurde das Schwert in den Boden gerammt, das die Heimat vor der russischen Invasion bewahrte*⁴⁹⁾.

Zum Zeitpunkt des Kriegseintritts Italiens (April–Mai 1915), wurde – anders als im August 1914 – nicht mehr mit einer unmittelbaren Bedrohung der Donaulinie gerechnet.

Das österreichische Bundesheer hat zwischen 1918 und 1938 wohl Brückenköpfe bei Linz, Krems, Tulln und Wien in seine Planungen für eine Landesbefestigung einbezogen⁵⁰⁾, ihr Ausbau wurde aber nicht fertiggestellt.

Erst im Jahre 1945 gewann der Gedanke einer Verteidigung Wiens wieder Aktualität. Das zusammenbrechende NS-Regime ließ in den ersten Apriltagen 1945 Plakate anschlagen, auf denen zu lesen stand:

*Wien ist zum Verteidigungsbereich erklärt worden. Frauen und Kindern wird empfohlen, die Stadt zu verlassen*⁵¹⁾.

⁴⁹⁾ Österreich-Ungarns letzter Krieg 1.Bd. (Wien 1930) S. 818.

⁵⁰⁾ Erwin Steinböck, Die österreichische Landesbefestigung von 1918–1938, in: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich (Festschrift für Rudolf Neck) 2, Wien 1981, S. 234 f. und S. 246 f.

⁵¹⁾ Felix Czeike, Wien und seine Bürgermeister, Wien 1973, S. 356.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1990

Band/Volume: [54-55](#)

Autor(en)/Author(s): Goldinger Walter

Artikel/Article: [Die Befestigung der Donaulinie im Jahre 1914 145-153](#)